

Die Verunglimpfung der Wehrmacht

von Dr. Walter Post

Seit Gründung der Bundeswehr hat es in der Bundesrepublik Deutschland eine ständige Debatte darüber gegeben, inwieweit die Wehrmacht traditionswürdig sein könne. In den 50er und 60er Jahren wurde diese Frage, auch mit Rücksicht auf die vielen ehemaligen Wehrmachtsoffiziere und -unteroffiziere, die die Bundeswehr aufgebaut hatten und in ihr Dienst taten, mit Einschränkungen positiv beantwortet. Seit den 70er Jahren gewann in der Geschichtsschreibung eine Richtung zunehmend Anhängerschaft, die die Wehrmacht als kriminelle Organisation bezeichnet, die in der Sowjetunion und auf dem Balkan einen rassenideologischen Vernichtungskrieg geführt habe.

Der politische Hintergrund dieses Geschichtsbildes war die permanente psychologische Kriegführung der ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten gegen die Bundesrepublik Deutschland, die als militaristischer, revanchistischer und faschistischer Staat hingestellt werden sollte. Die Sowjetunion sollte dadurch als Schutzmacht aller Osteuropäer erscheinen und ihrer Vorherrschaft Legitimität verliehen werden. Außerdem konnte man mit dieser Propaganda erfolgreich von den zahllosen kommunistischen Untaten ablenken.

Im geistigen Klima der 70er Jahre und vor dem Hintergrund der permanenten Vergangenheitsbewältigung fanden die östlichen Thesen zunehmend Resonanz bei westdeutschen Historikern und Publizisten. Im Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg bildete sich um Manfred Messerschmidt und Wilhelm Deist eine Gruppe, die es geradezu als ihre Aufgabe ansah, die Wehrmacht als verbrecherische Organisation zu entlarven.

Einen neuen Höhepunkt hat die Anti-Wehrmacht-Kampagne, die sich mittlerweile verselbständigt hat, nun im März 1995 mit einer Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung erreicht, die unter dem Titel "Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht" läuft. Zu dieser Ausstellung werden auch neue "Beweise" in Form von Publikationen präsentiert, und zwar eine Sammlung von "Geständnissen", die deutsche Soldaten 1943 in sowjetischen Kriegsgefangenenlagern abgelegt haben, und die Protokolle des Minsker Prozesses, der 1946 in der Sowjetunion gegen 18 angebliche deutsche Kriegsverbrecher abgehalten wurde.

Was die Geständnisse deutscher Kriegsgefangener angeht, ist folgendes festzustellen: Von den deutschen Soldaten, die in sowjetische Kriegsgefangenschaft gerieten, überlebten 1941/42 fünf Prozent und 1943 30 Prozent. Allein durch das Versprechen höherer Nahrungsmittelrationen konnten die Sowjets in den Lagern von den halbverhungerten Gefangenen beliebige Geständnisse über phantastische Greuelthaten erhalten, von anderen Mitteln ganz zu schweigen.

Was den Minsker Prozeß angeht, so fand etwa um die gleiche Zeit in Leningrad ein Prozeß gegen sieben deutsche Offiziere statt, die "gestanden" hatten, für die Ermordung der polnischen Offiziere im Wald von Katyn verantwortlich zu sein; dafür wurden sie zum Tode verurteilt und öffentlich hingerichtet. Inzwischen hat die russische Regierung den originalen Mordbefehl für Katyn veröffentlicht, der von Stalin, Woroschilow, Molotow, Mikojan und Berija unterschrieben ist.

Abgesehen davon, daß die sieben deutschen Offiziere bis heute nicht rehabilitiert worden sind, stellt sich die Frage, ob es sich beim Minsker Prozeß nicht um einen ebensolchen Schauprozeß wie in Leningrad gehandelt hat. Die großen Moskauer Schauprozesse der 30er Jahre gegen führende Parteifunktionäre, die Millionen von Schnellverfahren gegen "Volksfeinde", die aufgrund fiktiver Anklagen und erpreßter Geständnisse verurteilt wurden – all diese Praktiken stellen der sowjetischen Justiz der Stalinära ein Zeugnis aus, das schlechter gar nicht vorstellbar ist. "Anklagen", "Geständnisse" und "Urteile" sind in aller Regel nichts als Phantasieprodukte der politischen Opportunität und ohne jeden Beweiswert. Wer derartiges Material als "Beweis" präsentiert, muß sich mindestens den Vorwurf grober Unkenntnis gefallen lassen.

Exzesse und Verbrechen von Angehörigen der Wehrmacht im Rahmen der Partisanenbekämpfung hat es zweifellos gegeben, einfach deshalb, weil dies aller Erfahrung nach leider unvermeidliche Begleiterscheinungen dieser Art von Kriegführung sind. In welchem Umfang sie sich 1941 bis 1944 aber tatsächlich ereignet haben, ist heute schwierig festzustellen. Die von sowjetkommunistischer Seite inszenierten Schauprozesse und Dokumentenfälschungen legen den Verdacht nahe, daß hier erheblich übertrieben wurde und daß man auch eigene Verbrechen den Deutschen in die Schuhe zu schieben versuchte. Außerdem wurde ein großer Teil aller Exzesse und Verbrechen von Angehörigen der Ostlegionen verübt, die auf deutscher Seite kämpften und die sich für das rächten, was die Kommunisten vor dem Krieg ihnen oder ihren Angehörigen angetan hatten. Weiter sind die zahlreichen Aussagen von deutschen, russischen, ukrainischen, baltischen und kaukasischen Zeitzeugen zu berücksichtigen, die von einem relativ guten Verhältnis zwischen Wehrmacht und Zivilbevölkerung berichten.

Kriegsziele waren begrenzt

Eine andere Frage ist nun die, wie die tatsächlichen Verbrechen, die von Angehörigen der Wehrmacht begangen wurden, zu bewerten sind. Ist deshalb die Wehrmacht als kriminelle Organisation anzusehen? War sie das willfähige Werkzeug für einen "rassenideologischen Vernichtungskrieg" im Osten? Sind die ihr zugeschriebenen Untaten unvergleichbar? Um diese Fragen zu beantworten und zu einem gerechten Urteil zu gelangen, muß man sich zunächst mit der Entwicklung der Kriegführung seit Mitte des 19. Jahrhunderts befassen.

Im 18. und 19. Jahrhundert galt in Europa der Krieg als eine Sache, die unter Soldaten ausgetragen wurde. Die Auffassung vom Krieg ähnelte der des Duells. Die Kriegsziele waren begrenzt, und man bemühte sich von militärischer wie von politischer Seite, die Zivilbevölkerung soweit wie möglich zu schonen.

Im totalen Krieg wurde dagegen die gesamte Bevölkerung für den Einsatz an der Front oder in kriegswichtigen Produktionen mobilisiert, der Unterschied zwischen Heimat und Front verwischte sich zusehends, die Zivilbevölkerung wurde zum Ziel der Kriegführung. Da der totale Krieg die psychologische Mobilmachung der Bevölkerung erforderte, mußten höchste Ziele proklamiert werden, denn nur diese rechtfertigten die unermeßlichen Leiden des Krieges. Höchstes Ziel war der totale Sieg über den Gegner, der um jeden Preis errungen werden mußte. Wozu der Sieg später gut war, war weniger wichtig.

Als erster totaler Krieg der neueren Geschichte gilt der amerikanische Bürgerkrieg 1861 bis 1865. Hier wurde nicht nur nahezu die gesamte Bevölkerung der Südstaaten mobilisiert, sie wurde durch die Seeblockade und die großen Kavallerieraides des Nordens selbst zum Ziel der Kriegführung. Die Nordstaatengeneräle Sherman und Sheridan zerstörten bei diesen Raids

durch eine Strategie der "verbrannten Erde" systematisch die Lebensgrundlagen der Bevölkerung des Südens. Der Krieg endete mit der bedingungslosen Kapitulation der Südstaaten, der Aufhebung ihrer staatlichen Existenz und ihrer wirtschaftlichen Ausplünderung.

Im Burenkrieg 1899 bis 1902 wurde die Zivilbevölkerung von der englischen Armee systematisch in Konzentrationslager gesperrt, um dem Guerillakrieg der Buren die Grundlage zu entziehen. Im Weltkrieg 1914 bis 1918 verhängte Großbritannien gegen Deutschland und Österreich-Ungarn eine Seeblockade zur Aushungerung der Bevölkerung, der zwischen 1915 und 1918 allein im Deutschen Reich 763 000 Zivilpersonen zum Opfer fielen. Die Hungerblockade wurde auch noch nach dem Waffenstillstand vom November 1918 ein halbes Jahr fortgesetzt.

Deutschland hatte 1915 mit einer Gegenblockade mit neuen technischen Mitteln geantwortet, dem uneingeschränkten U-Bootkrieg; auch hier war das Ziel letztlich die Aushungerung der gegnerischen Bevölkerung. Die Moral der englischen und französischen Zivilbevölkerung versuchte man von deutscher Seite durch den Einsatz von Bombenflugzeugen und Ferngeschützen zu erschüttern. Eine große Rolle spielten psychologische Kriegführung und Greuelpropaganda, die insbesondere von den Entente-Mächten eingesetzt wurden. Die aufgepeitschten Emotionen machten schließlich einen vernünftigen Friedensschluß unmöglich, und der berüchtigte Versailler Vertrag schuf günstige Voraussetzungen für einen neuen Krieg.

Der Zweite Weltkrieg wurde zum größten aller totalen Kriege. Neue technische Kriegsmittel und die Weiterentwicklung von Propaganda und psychologischer Kriegführung bewirkten eine weitere Radikalisierung. Aus einem Krieg zwischen Staaten wurde ein Krieg universalistischer Ideologien, ein Weltbürgerkrieg zwischen Kommunismus, Liberalismus und Faschismus. Die Propaganda stilisierte den Gegner zur Verkörperung des absolut Bösen, zu einem Feind, gegen den jedes Mittel gerechtfertigt schien. In diesem Krieg machten sich alle Armeen des Rückgriffs auf barbarische Methoden schuldig.

Der amerikanische Kriegsberichtserstatter Edgar L. Jones schrieb 1946 in der Februar Ausgabe von "Atlantic Monthly" über den Pazifikkrieg: "Was glauben die Zivilisten denn, welche Art Krieg wir geführt haben? Wir haben kalten Blutes Gefangene niedergemacht, wir haben Lazarette pulverisiert, Rettungsboote versenkt, feindliche Zivilisten getötet oder verwundet, Verwundeten den Garaus gemacht, Sterbende mit Toten zusammen in ein Loch gelegt. Im Pazifik haben wir die Schädel unserer Feinde zerschlagen, sie abgekocht, um aus ihnen Tischgarnituren für unsere Bräute zu machen und haben ihre Knochen ausgemeißelt, um Brieföffner aus ihnen zu fertigen. Wir haben unsere Phosphorbombenwürfe und unsere Morde an der Zivilbevölkerung mit dem Abwurf von Atombomben auf zwei beinahe unverteidigte Städte gekrönt und haben so zur Zeit einen unbestrittenen Rekord in Massenmord erreicht."

Die allgemeine Radikalisierung der Kriegführung war Folge der Dehumanisierung des Gegners durch eine zügellose Haßpropaganda. Berühmt geworden ist die deutsche "Untermenschen"-Propaganda gegen den sowjetischen Gegner. So gut wie unbekannt ist heute die Tatsache, daß von offizieller deutscher Seite immer nur von einem "bolschewistischen Untermenschen", nie aber von einem "slawischen" oder "russischen Untermenschen" die Rede war (auch wenn dies in der deutschen Öffentlichkeit allgemein geglaubt wurde). Letzteres verbot sich schon mit Rücksicht auf die kroatischen und slowakischen Verbündeten sowie die Hunderttausende von russischen und ukrainischen Freiwilligen, die auf deutscher Seite kämpften.

Nach den Artikeln der politischen Wochenzeitung "Das Reich", die eine Leitfunktion für die NS-Propaganda hatte, war der "bolschewistische Untermensch" ein Kunstprodukt, ein unter der Herrschaft der Kommunisten herangebildeter Massenmensch ohne Individualität; im Gegensatz zum "Untermenschen" würden die freiheitsliebenden und nationalbewußten Russen zunehmend auf deutscher Seite kämpfen.

Schlagkräftige Simplizität

Derart komplizierte Differenzierungen, die letztlich aus Rücksicht auf Verbündete geboren wurden, hielt man in anderen kriegführenden Mächten für überflüssig. Ein typisches sowjetisches Flugblatt von 1942 erklärte schlicht: "Die Deutschen sind keine Menschen. Von jetzt ab ist das Wort ‚Deutscher‘ für uns der allerschlimmste Fluch. Von jetzt ab bringt das Wort ‚Deutsche‘ ein Gewehr zur Entladung. Wir werden nicht sprechen. Wir werden uns nicht aufregen. Wir werden töten. Wenn du nicht im Laufe eines Tages wenigstens einen Deutschen getötet hast, so ist es für dich ein verlorener Tag gewesen ... Wenn du einen Deutschen getötet hast, so töte einen zweiten – für uns gibt es nichts Lustigeres als deutsche Leichen. Zähle nicht die Tage. Zähle nicht die Kilometer. Zähle nur eines: die von dir getöteten Deutschen."

Auch die amerikanische Propaganda im Pazifikkrieg zeichnete sich durch schlagkräftige Simplizität aus. Die Japaner wurden bevorzugt als Affen oder als Insekten dargestellt, die ausgerottet werden mußten. Admiral Halsey befahl seinen Leuten kurzerhand: "Kill Japs, kill Japs, kill more Japs." Ein besonderer Brauch der amerikanischen Armee im Pazifik war das Sammeln von "Trophäen", d. h. von abgeschnittenen Ohren, ausgebrochenen Goldzähnen, abgekochten Schädeln usw. Entsprechend diesem Feindbild machten die Amerikaner auch kaum Gefangene; die Japaner galten als böartige, minderwertige Rasse, und Kriegsgefangene belasteten nur die eigene Logistik. Eine weitere Spezialität angelsächsischer Kriegführung im totalen Krieg war das Massakrieren von Zivilisten durch Luftangriffe auf Wohngebiete; die Namen Hamburg, Dresden, Tokio, Hiroshima und Nagasaki sind dadurch in grausiger Erinnerung geblieben.

Diese Praxis ging, anders als vielfach geglaubt wird, nicht von deutscher Seite aus. Während die englischen und amerikanischen Luftstreitkräfte für den strategischen Luftkrieg konzipiert waren, hatte die deutsche Luftwaffe die Aufgabe der Unterstützung des Heeres. Die berüchtigten deutschen Luftangriffe auf Warschau und Rotterdam wurden gegen Städte geflogen, die als Festungen gegen Bodentruppen verteidigt wurden; das Bombardement belagerter Festungen ist aber ein jahrhundertealter, allgemein anerkannter Brauch der Kriegführung. Die deutschen Luftangriffe auf englische Städte 1940/41 waren als Vergeltung für britische Bombenangriffe auf deutsche Wohngebiete gedacht, wobei die deutsche Führung immer noch Industrieanlagen, Kraftwerke, Bahnhöfe und Hafenanlagen als erstrangige Ziele ansah, Treffer in reine Wohngebiete nur als unvermeidliche Begleiterscheinung galten.

Dagegen war die britische Führung stolz darauf, als erste mit der systematischen Bombardierung von Wohngebieten begonnen zu haben. Der Staatssekretär im Luftfahrtministerium J. M. Spaight schrieb in dem 1944 veröffentlichten Buch "Bombing Vindicated": "Wir begannen, Ziele in Deutschland zu bombardieren, ehe die Deutschen das in England taten. Das ist eine historische Tatsache ... Wir wählten damit den besseren, aber härteren Weg. Indem wir die deutschen Städte zerschlugen, verzichteten wir auf das Privileg, unsere Städte intakt zu halten ... Es ist keine absolute Gewißheit, aber doch sehr wahrscheinlich, daß die Deutschen London und das Industriegebiet nicht angegriffen hätten,

wenn wir uns ruhig verhalten hätten ... Diese Art der Luftkriegführung machte sich nicht für sie bezahlt."

Eine Sonderform des totalen Krieges ist der Guerilla- oder Partisanenkrieg. Partisanenkrieg ist nach der Haager Landkriegsordnung völkerrechtswidrig und Repressalien (darunter Geislerschießungen) sind in einem bestimmten Rahmen erlaubt. Als Kriegsverbrechen gelten erst Exzesse, die in der Praxis leider häufig vorkommen.

Der Partisanenkrieg ist so angelegt, daß die Zivilbevölkerung von den Freischärlern zur Tarnung und als Schutzschild benutzt und von der Besatzungsmacht als Geisel genommen wird. Häufig geht der Konflikt noch in einen Bürgerkrieg über (Jugoslawien und Sowjetunion 1941 bis 1945, Vietnam). Anschläge und Grausamkeiten der einen ziehen beinahe regelmäßig Vergeltungsmaßnahmen und Grausamkeiten der anderen Seite nach sich. Diese Erfahrung mußten auch die holländische Armee in Indonesien, die französische Armee in Indochina und Algerien, die amerikanische Armee in Korea und Vietnam machen. All diese Kriege wurden mit großer Grausamkeit unter ständiger Verletzung des Kriegsrechts und der Menschenrechte geführt.

Die Verbrechen der Wehrmacht bei der Partisanenbekämpfung dürften sich kaum von denen der französischen, holländischen oder amerikanischen Armee unterscheiden haben, auch wenn vergleichende Untersuchungen hierzu merkwürdigerweise noch nicht angestellt worden sind.

Der Partisanenkrieg fordert in der Regel eine große Zahl von unschuldigen Opfern, aber die Unterscheidung zwischen schuldig und unschuldig wird im totalen Krieg leider weitgehend aufgehoben; statt dessen wird für die tatsächlichen oder angeblichen Taten einzelner summarisch die Gruppe verantwortlich gemacht. Die deutsche Besatzungsmacht im Osten erklärte die Juden als für den Partisanenkrieg verantwortlich, was entsprechende Massaker zur Folge hatte.

Die Rote Armee ging 1945 gegen die deutsche Zivilbevölkerung unterschiedslos mit ganz ungewöhnlicher Brutalität vor, wobei insbesondere die Massenvergewaltigungen in übler Erinnerung geblieben sind. In Polen und in der Tschechoslowakei wurde 1945 die gesamte deutsche Bevölkerung für die Taten des NS-Regimes verantwortlich gemacht und entweder vertrieben oder umgebracht. Der angelsächsische Luftkrieg machte ohnehin keinen Unterschied zwischen Schuldigen und Unschuldigen.

Im Ersten Weltkrieg hatte sich die zaristische Armee im allgemeinen an die anerkannten Regeln der Kriegführung gehalten. Dagegen bekämpften sich im Russischen Bürgerkrieg "Rote" und "Weiße" mit einer unglaublichen Brutalität. Die Bolschewiki galten dabei als die treibende Kraft, auch wenn ihre Gegner sehr schnell zu gleichen Mitteln griffen. Die deutschen Freikorps lernten 1919 bei den Kämpfen im Baltikum diese Art der Kriegführung kennen. Die systematische Ermordung von Gefangenen einschließlich der Verwundeten und Massenerschießungen von Zivilisten haben das deutsche Bild von den Bolschewiki nachhaltig geprägt.

Die Vorgänge in der Sowjetunion in den 30er Jahren waren in Deutschland wohlbekannt, und die deutsche Führung war auch über das Vorgehen der Sowjets gegen die Zivilbevölkerung und die Massendeportationen in Ostpolen und im Baltikum 1939 bis 1941 informiert. Der Ruf der Bolschewiki war dadurch notorisch schlecht, und die deutsche Führung mußte davon ausgehen, daß die Sowjets sich in einem künftigen Krieg wieder barbarischer Methoden

bedienen würden. Schließlich war die UdSSR nicht der Genfer Konvention beigetreten. Hitler und die Spitzen der Wehrmacht waren der Überzeugung, Härte mit Härte beantworten zu müssen, und so entstand eine Reihe von Anordnungen und Richtlinien, die die Truppe auf die zu erwartende Kriegführung im Osten vorbereiten sollten. Diese waren eher Ausdruck eines rücksichtslos funktionalen Denkens als eines "rassenideologischen Vernichtungskrieges". So beginnt der berüchtigte Kommissarbefehl mit den Sätzen: "Im Kampf gegen den Bolschewismus ist mit einem Verhalten des Feindes nach den Grundsätzen der Menschlichkeit oder des Völkerrechts nicht zu rechnen. Insbesondere von den politischen Kommissaren aller Art als den eigentlichen Trägern des Widerstandes ist eine haßerfüllte, grausame und unmenschliche Behandlung unserer Gefangenen zu erwarten ... Sie sind daher, wenn im Kampf oder Widerstand ergriffen, grundsätzlich sofort mit der Waffe zu erledigen."

Der Oberbefehlshaber des Heeres, v. Brauchitsch, ergänzte diesen Befehl dahingehend, es sei nur gegen solche Kommissare vorzugehen, die sich "durch eine besonders erkennbare Handlung oder Haltung" gegen die deutsche Wehrmacht stellen würden.

Realistisch betrachtet war die Einschätzung der Rolle der Kommissare durch die deutsche Führung nicht völlig falsch. 1947/48 befragte die U.S. Historical Division deutsche Offiziere über ihre Erfahrungen an der Ostfront. Gemäß diesen Aussagen waren die Kommissare ein wesentliches Element des sowjetischen Widerstandes. Viele von ihnen waren tatsächlich politische Fanatiker, die über beachtliche Führungsqualitäten verfügten: Sie waren meist tapfer, intelligent und skrupellos, kümmerten sich um das Wohlergehen ihrer Soldaten und gaben ein persönliches Beispiel. Sie veranlaßten ihre Truppe häufig, auch in hoffnungslosen Situationen erbitterten Widerstand zu leisten, und oftmals befahlen sie auch die Ermordung deutscher Kriegsgefangener. Letzterem Problem war mit dem Kommissarbefehl natürlich auch nicht beizukommen; dieser Befehl stellte nicht nur einen krassen Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung dar, er war auch ein schlichter Fehler: Zum einen mußte er den Widerstandsgeist der Betroffenen anstacheln, zum anderen war ein Teil der Kommissare keineswegs fanatisiert, sondern bereit, mit den Deutschen zusammenzuarbeiten. Inwieweit der Kommissarbefehl von der Truppe überhaupt befolgt wurde, ist heute umstritten. Jedenfalls wurde er wenige Monate nach Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion aufgehoben, und im späteren Verlauf haben ehemalige Kommissare hohe Ränge in der Russischen Befreiungsarmee des Generals Wlassow eingenommen.

Ganze Lazarette wurden niedergemacht

Die Befürchtungen der deutschen Führung hinsichtlich der Behandlung von deutschen Kriegsgefangenen durch die Sowjets sollten sich als sehr begründet erweisen; von den ersten Tagen des Rußlandfeldzuges an wurden deutsche Soldaten, die der Roten Armee in die Hände fielen, meist getötet und oft grausam verstümmelt. Im weiteren Verlauf des Krieges pflegten die Sowjets häufig auch ganze Lazarette niederzumachen. Die Todesstatistik für deutsche Soldaten in sowjetischer Kriegsgefangenschaft sah wie folgt aus: Von den 1941/42 in Gefangenschaft Geratenen verstarben 95 Prozent, 1943: 70 Prozent, 1944: 40 Prozent und 1945: 25 Prozent. Von den ca. 3.155.000 deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR verstarben meist als Folge von Unterernährung und Krankheiten ca. 1.110.000 Mann, das sind 35,2 Prozent.

Die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen von deutscher Seite wird heute meist einseitig und falsch dargestellt. Von den mehr als fünf Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen sind nach einer Untersuchung von Oberst Roschmann nicht 3,3 Millionen, sondern ca. 1,68 Millionen in deutscher Hand verstorben. Letztere Zahl ist natürlich kaum

weniger erschreckend, aber dieses Massensterben ist zum größten Teil auf die objektiven Umstände, zum geringeren Teil auf Gleichgültigkeit zurückzuführen. Nur der kleinste Teil der sowjetischen Gefangenen dürfte Massenerschießungen zum Opfer gefallen sein. Die Masse der fünf Millionen Gefangenen fiel im Jahre 1941, als die Rote Armee beinahe zusammenbrach, in deutsche Hände.

Bis zum September 1941 scheint die Versorgung der anfallenden Kriegsgefangenen einigermaßen funktioniert zu haben, aber im Herbst erfolgte ein Zusammenbruch, der auf mehrere Ursachen zurückzuführen ist. Die Sowjets hatten bei ihrem Rückzug die Strategie der "verbrannten Erde" angewandt und, soweit es ihnen möglich war, das Eisenbahnsystem, Industrieanlagen, landwirtschaftliches Gerät und Nahrungsmittelvorräte zerstört und alles Transportable nach Osten verbracht.

Die Wehrmacht stieß in ein ökonomisch verwüstetes Gebiet vor. Mit Einsetzen der Schlammperiode brach das völlig überdehnte und überlastete deutsche Transportsystem zusammen, und die Wehrmacht geriet in größte Versorgungsschwierigkeiten. Der Zusammenbruch des Transportsystems wirkte sich auf die zu diesem Zeitpunkt besonders zahlreichen sowjetischen Kriegsgefangenen verheerend aus.

Die Soldaten fielen häufig im Zustand der Unterernährung und der tödlichen Erschöpfung in deutsche Hände, die Ernährung in den Gefangenenlagern war unzureichend, und dies begünstigte den Ausbruch von Seuchen, insbesondere Fleckfieber und Ruhr. Das hierdurch verursachte Massensterben war von der deutschen Wehrmachtsführung keineswegs beabsichtigt, wie die vom Oberkommando des Heeres am 2. Dezember 1941 für die sowjetischen Kriegsgefangenen festgelegten Verpflegungssätze zeigen (zwei ähnliche Verfügungen waren bereits am 6. August und 21. Oktober ergangen). Die hier verbindlich vorgeschriebenen Rationen waren z. T. wesentlich höher als diejenigen, die der deutsche Normalverbraucher in den ersten Nachkriegsjahren erhielt.

Unter den Bedingungen des Herbstes und Winters 1941/42 war eine ausreichende Versorgung aber nicht zu verwirklichen, obwohl die zuständigen Befehlshaber der rückwärtigen Heeres- und Armeegebiete z. T. erhebliche Anstrengungen unternahmen, um das Los der Gefangenen zu verbessern.

Im März 1942 veranlaßten OKH und OKW eine gründliche Umgestaltung der Verhältnisse in den Kriegsgefangenenlagern, im April sprach sich auch Hitler für eine "absolut ausreichende Ernährung der Russen" aus. Ab dem Frühjahr 1942 konnten die sowjetischen Gefangenen ausreichend verpflegt und vernünftig untergebracht werden, die Schreckensbilder des Winters 1941/42 gehörten der Vergangenheit an.

Generell wird die deutsche Besatzungspolitik im Osten, für die die Wehrmacht zunehmend mitverantwortlich gemacht wird, heute einseitig, wenn nicht falsch dargestellt. Eine deutsche Politik zur planmäßigen Dezimierung der slawischen Bevölkerung ist eine Legende. Der sogenannte "Generalplan Ost" des baltendeutschen Arztes Dr. Hans Ehlich war das Produkt eines einzelnen Spinners und wurde innerhalb der deutschen Führung niemals ernstgenommen. Erst nach dem Krieg nahm sich die polnische Propaganda dieses "Planes" an und ergänzte ihn mit zahlreichen Dokumentenfälschungen, um der Vertreibung der Deutschen den Anschein der Rechtfertigung zu geben.

Die freiwillige oder zwangsweise Rekrutierung von Ostarbeitern in den besetzten Gebieten der Sowjetunion war die Folge des ungeheuren Bedarfs der deutschen Wehrwirtschaft an

Arbeitskräften, der durch den angloalliierten Bombenkrieg noch erheblich gesteigert wurde. Ohne die Ostarbeiter wäre der Krieg ab 1943 gar nicht mehr führbar gewesen. Die Rekrutierungen, die manchmal den Charakter von Deportationen annahmen, haben aber einfach deshalb nichts mit einer "Dezimierungspolitik" zu tun, weil man diese Menschen dringend benötigte. Die NS-Presse veröffentlichte ab 1943 immer wieder Artikel, die dazu aufriefen, die Arbeitskräfte aus dem Osten anständig zu behandeln, was in der Praxis leider immer wieder mißachtet wurde.

Ohne Ansätze einer konstruktiven Besatzungspolitik wäre es im übrigen gar nicht denkbar, daß rund eine Million Ukrainer, Russen, Kosaken, Letten, Esten und Kaukasier auf deutscher Seite gekämpft haben. Am 5. Mai 1943 standen auf Seiten der Deutschen Wehrmacht bereit 90 russische Bataillone, dazu 140 Einheiten in Kompaniestärke, 90 Feldbataillone der Ostlegionen, eine kaum zu übersehende Zahl kleiner Einheiten, über 400.000 Hilfswillige auf Planstellen deutscher Einheiten, dazu einige größere Verbände unter deutschem Kommando (1. Kosakendivision, mehrere selbständige Kosakenregimenter, das Kalmykische Kavalleriekorps).

Zu diesem Zeitpunkt existierten außerdem bereits Vorformen nationalrussischer Streitkräfte unter russischem Kommando und teilweise in russischen Uniformen, die RNNa (Russische Nationale Volksarmee), die RONA (Russische Volksbefreiungsarmee), die Brigade Druschina, das Donkosakenregiment 120, das Ost-Ersatz-Regiment Mitte. Später wurden die Russische Befreiungsarmee (ROA) unter General Wlassow und das Ukrainische Befreiungsheer gegründet. Der Krieg im Osten war auch ein Bürgerkrieg.

Dieses ungewöhnliche Ausmaß von Kollaboration und Kooperation widerspricht nachhaltig der These, die deutsche Besatzungspolitik in der UdSSR habe nur aus Mord und Totschlag bestanden. Tatsächlich gab es gar nicht eine Besatzungspolitik, vielmehr waren in der deutschen Führungsschicht ganz verschiedene Meinungsgruppen zur Frage der Behandlung des Ostens vorhanden. Im Verlauf des Krieges setzte sich die Linie der Zusammenarbeit mit den östlichen Völkern, die von der Wehrmacht und später auch von der Waffen-SS favorisiert wurde, immer mehr durch.

Gegen die Führung der Deutschen Wehrmacht wird des öfteren der Vorwurf erhoben, sie habe die Wiederaufrüstung ab 1934 begrüßt und mitgetragen. Diese Anklage mißachtet völlig die damalige sicherheitspolitische Situation. Deutschland verfügte zwischen 1920 und 1933 in der Reichswehr über ein Heer von 100 000 Mann ohne moderne schwere Waffen und ohne Luftwaffe, während die französische Armee damals als die stärkste der Welt galt und die Sowjetunion ab Anfang der 30er Jahre ein riesiges Aufrüstungsprogramm durchführte.

General Heinz Guderian schrieb 1937 über die Rote Armee: "Rußland verfügt nicht nur über das an Zahl, sondern auch an neuzeitlichen Waffen und Gerät stärkste Heer und über die stärkste Luftwaffe der Erde. Es ist bemüht, seine Flotte auf eine beachtliche Höhe zu bringen. Seine Verkehrsverhältnisse sind zwar noch mangelhaft, aber auch auf diesem Gebiet wird fleißig gearbeitet. Rohstoffe sind vorhanden, eine gewaltige Rüstungsindustrie ist in der unangreifbaren Tiefe des Riesenreiches errichtet. Die Zeiten, zu denen dem Russen der Sinn für Technik fehlte, gehören der Vergangenheit an; wir müssen damit rechnen, daß er seine Maschinen beherrschen und selber bauen lernt, und daß durch diesen Wandel in der Grundeinstellung des russischen Menschen die Probleme des Ostens für uns einen anderen, ernsteren Charakter annehmen, als je bisher in der Geschichte."

Die Sowjetunion hatte den Sieg der Weltrevolution auf ihre Fahnen geschrieben, und die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich waren als Folge des Versailler Vertrages alles andere als gut. In dieser Situation war die Aufrüstung Deutschlands nach normalen Maßstäben sehr verständlich.

Inwieweit Hitler einen großen Krieg anstrebte, ist durchaus umstritten. In seinen authentischen Reden vor der Wehrmachtsführung im Jahre 1939 (es sind gefälschte Versionen in Umlauf) argumentierte Hitler, ein Krieg mit England und Frankreich sei nach den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges kaum zu vermeiden, da die englische wie die französische Regierung Deutschland nicht jene Großmachtstellung zugestehen wollten, die es aus wirtschaftlichen Gründen benötige. Polen neige zu den Westmächten und verfolge trotz aller Verständigungsversuche eine antideutsche Politik, weshalb es bei günstiger Gelegenheit niedergeworfen werden müsse. Außerdem seien die polnischen Schikanen und Ausschreitungen gegen die deutsche Minderheit nicht länger hinnehmbar.

Wie immer man diese Argumentation heute bewerten mag, für die Spitzenmilitärs der Wehrmacht, die den gleichen Erfahrungshintergrund des Weltkrieges und des Versailler Diktates hatten, war sie überzeugend. Tatsächlich wirft man der Wehrmachtsführung heute auch weniger die Angriffe auf Polen oder eine Reihe neutraler Staaten vor, die durch die Ausweitung des Konflikts nach der englischen und französischen Kriegserklärung aus strategischen Gründen notwendig wurden. Zentraler Anklagepunkt ist vielmehr der "rassenideologische Vernichtungskrieg" gegen die Sowjetunion.

Dieser Begriff wurde allerdings erst in den 60er Jahren durch den bundesdeutschen Historiker Andreas Hillgruber geprägt; in den zeitgenössischen Dokumenten existiert er nicht, diese zeigen vielmehr, daß der Feldzug gegen die Sowjetunion von der deutschen Führung aus einem Bündel realpolitischer Motive heraus geplant wurde:

- Die Kenntnis der aggressiven außenpolitischen Doktrin Moskaus und des gewaltigen Rüstungsprogramms der 30er und frühen 40er Jahre.
- Die Notwendigkeit, die für die deutsche Wehrwirtschaft lebenswichtigen Ölquellen in Rumänien und Nickelgruben in Finnland vor dem drohenden Zugriff Moskaus oder Angriffen der sowjetischen Luftstreitkräfte zu schützen.
- Die Notwendigkeit, angesichts der Blockade des von Deutschland beherrschten europäischen Wirtschaftsraumes durch die angelsächsischen Seemächte und der drohenden Konfrontation mit der Sowjetunion sich die benötigten Rohstoffquellen und Getreideanbaugebiete der Ukraine zu sichern.
- Die Strategie, die drohende Einkreisung Deutschlands durch Großbritannien, die USA und die Sowjetunion durch die militärische Zerschlagung letzterer zu verhindern.
- Das Scheitern der Verhandlungen mit dem sowjetischen Volkskommissar für Auswärtiges, Molotow, in Berlin im November 1940; Hitler hatte einen neuen Interessenausgleich zwischen dem Reich und der Sowjetunion vorgeschlagen, aber Molotow hatte abgelehnt und stattdessen Ansprüche auf Skandinavien und den Balkan angemeldet.
- Die Kenntnis des zunehmend bedrohlicher werdenden Aufmarsches der Roten Armee ab März/April 1941.

Nach Aussage des damaligen Generalstabschefs des Heeres, Franz Halder, hat Hitler sich erst sehr spät, im April 1941, endgültig dazu entschlossen, Unternehmen "Barbarossa" durchzuführen. Ideologische Motive spielen in den Dokumenten kaum eine Rolle, der Begriff "Lebensraum im Osten" bleibt unklar und kann alles mögliche bedeuten. In den Richtlinien

des Oberbefehlshabers des Heeres zur weltanschaulichen Erziehung heißt es: "Ziel des Krieges: Sicherung des deutschen Lebens-(Wirtschafts)raumes, nicht unterjochen der Nachbarvölker. ‚Autarkie‘ = Einfuhrabhängigkeit für lebensnotwendige Güter. Die kleinen im Schutze der großen Völker."

Operationsentwurf gebilligt

Die Befürchtungen der deutschen Führung und insbesondere Hitlers, die Sowjetunion werde 1941 oder spätestens 1942 das Deutsche Reich angreifen, war, wie wir heute wissen, keineswegs aus der Luft gegriffen. 1991/93 wurden in Moskau Dokumente des sowjetischen Generalstabs über seine Operationsplanungen in den Jahren 1940/41 veröffentlicht. Bereits am 18. September 1940 legten der Volkskommissar für die Verteidigung der UdSSR, Marschall Timoschenko, und Generalstabschef Merezkow Stalin einen Operationsentwurf vor, der eine Offensive der Roten Armee aus der Westukraine quer durch Südpolen nach Schlesien vorsah, um Deutschland von den rumänischen Ölquellen abzuschneiden. Gleichzeitig sollten die deutschen Kräfte im Raum Lublin-Warschau durch einen Zangenangriff aus der Westukraine und aus Westweißrußland heraus vernichtet werden. Dieser Plan wurde von Stalin gebilligt, eine überarbeitete und erweiterte Fassung ihm im Mai 1941 von Timoschenko und Armeegeneral Schukow vorgelegt. Der Aufmarsch der Roten Armee im Frühjahr 1941 orientierte sich exakt nach diesen Plänen.

Das bedeutet, daß das Unternehmen "Barbarossa", der deutsche Angriff auf die Sowjetunion, den Charakter eines Präventivkrieges hatte. Man kann deshalb argumentieren, es sei letztlich der Deutschen Wehrmacht zu verdanken, daß Westeuropa die ökonomischen Verwüstungen und seelischen Deformationen jahrzehntelanger kommunistischer Herrschaft erspart geblieben sind.

Zwar war die Wehrmacht unleugbar in Exzesse und Kriegsverbrechen verwickelt, aber längst nicht in dem Umfang, wie heute von einigen Historikern und Publizisten behauptet wird. In den totalen Kriegen des 20. Jahrhunderts waren alle großen Armeen an Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligt, die amerikanische, britische, französische, sowjetische genauso wie die deutsche. Grundsätzlich stellt sich die Frage, inwieweit eine Armee als Institution für die Taten einzelner oder die Entscheidungen von Politikern verantwortlich gemacht werden soll. Gleichgültig, zu welchem Ergebnis man in dieser Frage kommt, mißt man mit gleichen Maßstäben — und dies ist eine Grundlage abendländischen Denkens — dann müßte man wegen ihrer Verwicklungen in Kriegsverbrechen alle diese Armeen zu kriminellen Organisationen erklären.

Der Vorwurf an die Wehrmacht, sie sei das willfährige Werkzeug für einen "rassenideologischen Vernichtungskrieg" im Osten gewesen, geht an den historischen Realitäten vorbei. Der Angriff auf die Sowjetunion war kein "Überfall", dieser Krieg ging auf konkrete deutsch-sowjetische Interessenkonflikte zurück. Die sowjetische Führung erwartete diesen Krieg und plante ihrerseits, einen entscheidenden Schlag gegen Deutschland zu führen. Zur Frage der Besatzungspolitik im Osten gab es innerhalb der deutschen Eliten verschiedene Meinungsgruppen, und es war gerade die Wehrmacht, die eine konstruktive Zusammenarbeit mit Russen, Ukrainern, Balten und Kaukasiern befürwortete und allmählich durchsetzte.

Die deutsche Führungsschicht sah sich in den 30er und 40er Jahren mit zwei grundsätzlichen außenpolitischen Gegensätzen konfrontiert:

- Mit dem wirtschaftspolitischen Gegensatz zu den USA und Großbritannien, die die Konkurrenz der deutschen Industrie und eine deutsche Großmachtstellung nicht dulden wollten.
- Mit dem machtpolitischen Gegensatz zur UdSSR, deren erklärtes Ziel die Sowjetisierung ganz Europas war. Die deutsche Führung sah die Lösung ihrer Probleme in der Errichtung eines von Deutschland beherrschten autarken kontinentaleuropäischen Wirtschaftsraumes. Nachdem die Sowjetunion ab Mitte 1940 einen zunehmenden Konfrontationskurs gegen das Deutsche Reich einschlug und sich den Angelsachsen annäherte, erschien der deutschen Führung ein Krieg unvermeidlich; die Ukraine und die westlichen Gebiete Rußlands sollten jetzt gewaltsam in den großdeutsch-europäischen Wirtschaftsraum einbezogen werden. Über die konkrete Ausgestaltung dieser neuen europäischen Ordnung herrschte innerhalb der deutschen Eliten keine Einigkeit.

Den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges ging es keineswegs nur um die Befreiung Deutschlands von der NS-Diktatur und die Wiederherstellung des Status quo. Beweiskräftiger noch als die zeitgenössischen Dokumente zeigen dies die Weigerung, mit dem deutschen Widerstand zusammenzuarbeiten, die Abtrennung der deutschen Ostgebiete, die Vertreibung der Ostdeutschen, die Demontagen in der deutschen Industrie, und schließlich die 40jährige Teilung Deutschlands. Angesichts der Kriegsziele der Alliierten, die ja in groben Umrissen bekannt waren, hatte die Wehrmacht gute Gründe, Deutschland mit allen Mitteln zu verteidigen.

Will man die Wehrmacht dafür verurteilen, dann verurteilt man sie letztlich deshalb, weil sie unterlag. Dies mag heute politisch "korrekt" erscheinen, es widerspricht aber der Tradition abendländischen Denkens und Gerechtigkeitsempfindens.

Der Autor:

Walter Post, Jahrgang 1954, Historiker, Studium der Politischen Wissenschaft der Neueren Geschichte - insbesondere der Militärgeschichte - und Philosophie. 1990 Promotion, danach Lehrbeauftragter für das Fach internationale Politik an der Universität München. Kulturelle Betreuung von Volksgruppen aus Osteuropa als stellvertretender Studienleiter im Haus der Begegnung in München.

© Copyright by Autor und Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V. Hamburg